

Arbeiter fordern: Setzt Betriebsräte ein!

FDGB-Bundesvorstand versucht Diskussionen zu unterdrücken

Seit zwei Wochen gibt es in den Großbetrieben der Sowjetzone eine die Gewerkschaftsführung stark beunruhigende Diskussion. vielerorts forderten die Arbeiter eine Wiedereinführung des Betriebsräte-Systems und die Auflösung der unfähigen Betriebsgewerkschaftsleitungen. Die vergangene 23. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes hat sich mit diesem Thema nachdrücklich befaßt und vor einem „gefährlichen Nachgeben gegenüber klassenfeindlichen Argumenten“ gewarnt. Gleichzeitig mußte die FDGB-Führung jedoch zugeben, daß sich die BGL als unfähig und „nicht immer den Wünschen der Werktätigen entgegenkommend“ erwiesen hätten. Was aber steckt nun wirklich hinter dieser nun vom FDGB mit Macht unterdrückten Auseinandersetzung?

Bis 1948 herrschte auch in der Sowjetzone das System der Betriebsräte in den einschlägigen Groß- und Mittelbetrieben. Diese gehörten nach 1945 zwar auf jeden Fall dem FDGB, aber nur in den seltensten Fällen auch der SED an. Das kam daher, weil die Arbeiter mit Vorbedacht solche Kandidaten wählten, die sich von keiner politischen Partei gängeln lassen würden.

Betriebsräte „überholt“?

1948 erklärten SED und FDGB plötzlich das Betriebsrätewesen für „gesellschaftlich überholt“. Ohne die Gewerkschaftsmitglieder zu befragen, wurden die gewählten Betriebsräte über Nacht durch zumeist administrativ eingesetzte „Betriebsgewerkschaftsleitungen“ abgelöst. Heute ist die „BGL“ längst zu einem Bestandteil des Systems geworden. Ihre Mitglieder werden in engster Zusammenarbeit mit der Betriebsparteileitung aufgestellt und „gewählt“.

Von einer solchen Gewerkschafts-Vertretung kann man naturgemäß nicht erwarten, daß sie in irgendeinem Punkt gegen die SED-Betriebsleitung, den von der SED aufgestellten Plan oder gegen die von anderen SED-Stellen diktierten sozialen Gegebenheiten Stellung bezieht. Auf der letzten FDGB-Tagung

drückte dies ein Magdeburger Ingenieur so aus: „Wenn wir Lohn- oder Arbeitsstreitigkeiten haben, dann gehen wir immer gleich zur Staatsanwaltschaft. Dann kann sich die BGL wenigstens nicht vorher mit unseren künftigen Gegnern vor dem Arbeitsgericht verabreden!“ Ein Rostocker Wertarbeiter erklärte: „Wir waren immer froh, wenn in der BGL recht dämliche Kollegen saßen. Die richteten wenigstens keinen Schaden an!“ Und auf den Zwischenruf eines empörten FDGB-Funktionärs meinte der Mann aus Rostock: „Bisher sind alle Kollegen rausgeflogen, die sich an die früheren BGL um Hilfe gewandt haben. Dafür ist unser vorletzter BGL-Sekretär heute Arbeitsdirektor im gleichen Betrieb! Und die wir jetzt in der BGL haben, die sind so dumm, daß es bei ihnen höchstens zum Werkstattausfegen reicht. Infolgedessen haben sie erst gar nicht solche Ambitionen...!“

Man hätte vergeblich in der „Tribüne“ und im „Neuen Deutschland“ nach solchen Zitaten gesucht. Der FDGB-Bundesvorstand verzichtete diesmal wohlweislich auf breitere Veröffentlichung der anfallenden Diskussionen. Aber er gab zu, daß die BGL noch „viele lernen“ müßten. Und ein Leipziger Bezirksfunktionär beschwor die Anwesenden geradezu fehent-

lich, sich doch für die Beibehaltung der BGL in ihrer jetzigen Form einzusetzen.

Änderung unumgänglich

Demgegenüber sind sich viele Gewerkschaftsmitglieder heute darüber im klaren, daß eine Änderung der FDGB-Arbeit in den Betrieben unumgänglich ist. Das bisherige BGL-Wesen hat sich als im höchsten Maße unsozial erwiesen. Waren die Betriebsgewerkschaftsleitungen bis vor wenigen Jahren noch Brutstätten der Korruption — durch Prämienwesen und in ihrer Eigenschaft als Verteiler von Mangelprodukten — so sind sie heute lediglich propagandistische Untergruppen der SED. Viele Arbeiter, die im FDGB zwangsorganisiert sind, gehören aber auch anderen Parteien wie z. B. der Ost-CDU oder der LDPD an, ohne daß sie je die Möglichkeit haben werden, einen Kandidaten aus ihrer Mitte zum BGL-Sekretär zu machen. Würde jedoch in geheimer Abstimmung der Belegschaft ein Betriebsrat gewählt, hätte dieser tatsächlich das Vertrauen der Arbeiter und auch die SED-Betriebsgruppe müßte ihn respektieren. Unmöglich ist jedoch ein Zustand, in dem eine geschlossene BGL-Leitung, nur weil sie der SED angehört, im Zuge der Parteidisziplin als ausführendes Organ der Betriebsparteileitung fungiert. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist nämlich der SED-Betriebsgruppen-Sekretär in Gewerkschaftsfragen auf höherer Ebene weisungsberechtigt als die ganze BGL. Das Ergebnis liegt vor. Und die Forderung der Arbeiter nach Einführung der Betriebsräte, die von der SED wohlweislich abgeschafft wurden, ist in höchstem Maße berechtigt und aktuell.

Die unmögliche Parole

DT. Es ist im Leben nicht schlecht eingerichtet, daß am Rande unerfreulicher Zustände der Politik doch immer wieder auch die heitere Komödie spielt. Sie spielt dieses Mal in der Republik von Pankow und trägt den Titel: Breitere Entfaltung der Demokratie. Um auch auf parlamentarischem Gebiet mit der Bundesrepublik in einen Wettbewerb zu treten, den sie, wie angekündigt wurde, „nicht überstehen wird“, hat man die von diktatorischer Strenge geprägten Züge der Volkskammer etwas aufgelockert. Bisher wurde dort linientreu nur ja gesagt, sonst nichts. Nun dürfen zwar die Abgeordneten künftig keineswegs nein sagen — das wäre nämlich nicht eine Auflockerung, sondern eine Umwälzung —, aber sie dürfen Anfragen stellen, Zwischenrufe machen und sie dürfen sogar lachen. Es hat fast den Anschein, daß diese Neuerung nicht als Recht, sondern als Pflicht eingeführt worden ist, sozusagen als ein Soll, das zur Sicherung einer schöneren parlamentarischen Optik erfüllt und also übererfüllt werden muß.

Das kommunistische „Neue Deutschland“ verzeichnet deshalb in seinem Bericht über die letzte Sitzung der Volkskammer in fetter Schrift nicht weniger als vierzehnmal „Heiterkeit“ und sechsmal so kühne Zwischenrufe wie „Hört! Hört!“ und „Sehr richtig!“ Die Heiterkeit, die sich zunächst etwas zaghaft vorwagt und ihrer selbst noch nicht ganz sicher ist, brach allerdings nicht immer an der richtigen Stelle aus. Als z. B. einer der Redner von der Notwendigkeit einer verständnisvollen Behandlung des Staatsbürgers, von der Gewährleistung seiner Rechte und von der Einhaltung der Gesetzlichkeit sprach, fehlte sie ganz, obwohl sie hier als ironisch geäußerte Ungläubigkeit ganz am Platze gewesen wäre. An anderen Stellen wiederum hinterließ die Heiterkeit eher den Eindruck eines Personenkultes „neuen Stils“. Sie äußerte sich nämlich, als Genosse Ulbricht sich mit einigen „biederem“ Zwischenrufen bemerkbar machte

und klang dann fast wie eine schuldige Reverenz. Aber wir wissen ja: Aller Anfang ist schwer und erst Übung macht den Meister.

„Adenauer stürzen“

Den Tiefstand der politischen Rechte der Parteien und des Parlaments der Zone kann man am besten daran ermessen, daß solche Neuerungen bereits als „breitere Entfaltung der Demokratie“ verstanden und gepriesen werden. Wenn Ja-Sager und Mitläufer sich um die diktatorisch gesicherte „führende Kraft“ der kommunistischen Partei sammeln, von ihr beherrscht und gelenkt, und wenn sie dann „Hört! Hört!“ und „Sehr richtig!“ rufen und gelegentlich sogar Heiterkeit zeigen, dann wird aus solchem Getue und Gehabe noch kein demokratisches Parlament. Von ihm kann man erst dann sprechen, wenn Parteien, die auf getrennten Listen frei gewählt sind, das unantastbare Recht genießen, eine von der Regierungspolitik abweichende und sogar ihr widersprechende Meinung zu vertreten. Nicht die Ja-Sager, sondern die Nein-Sager oder, besser ausgedrückt, die Spannung beider bildet das freie Parlament, und zwar mit dem Recht, unter den in der Verfassung bestimmten Voraussetzungen die Regierung auch zu wechseln.

Die Machthaber der Zone haben viel Sinn für das Recht zum Sturz der Regierung, wenn es in anderen Ländern ausgeübt wird. Sie selbst aber sichern sich gegen dieses Schicksal, das ihnen von einer großen Mehrheit der Bevölkerung zugehört ist, parlamentarisch durch die Einheitsliste der „Wahlen“ und außerparlamentarisch durch fremde Panzer. Sehr gern dagegen möchten sie die Bundesregierung, die solcher Sicherungen nicht bedarf, gestürzt sehen. Sie rufen sogar hierzu auf. Wenn ein Kommunist von hohem stalinistischen Rang wie der Genosse Ulbricht, von dem jeder weiß, daß er eine freie Wiedervereinigung Deutschlands weder will noch überhaupt wollen kann, — wenn ein solcher Mann die Notwendigkeit proklamiert, daß Bundeskanzler Adenauer gestürzt werden müsse, dann sollte jeder deutsche Wähler darüber einmal gründlich nachdenken. Hinter dieser Forderung steht nicht der

Wille zur Wiedervereinigung, sondern der diabolische Versuch zu ihrer billigsten Lösung im Sinne des Kommunismus. Wer überhaupt sehen will, der muß hier sehen, daß Ulbricht zum Sturz der Bonner Regierung nicht deshalb aufruft, weil Adenauer sich angeblich der Wiedervereinigung Deutschlands widersetzt, sondern weil er besonders hart der kommunistischen Unterwerfung Deutschlands im Wege steht. Kein Deutscher, mag er sich in der Bundesrepublik zur Politik der Regierung oder der Opposition bekennen oder in der Zone mit der Einheit auch die Freiheit Deutschlands erwarten, kann an dieser Tatsache vorbeigehen.

Warnung vor dem Wahlkampf

Der Vorstoß Ulbrichts zeigt aber auch die Gefahr, der wir entgehen, wenn im Kampf um die Bundeswahlen des nächsten Jahres die Frage der Wiedervereinigung zum beherrschenden politischen Streitpunkt werden sollte. Der Präsident des Bundesrates, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Dr. v. Hassel, hat jüngst in berechtigter Sorge vor einer solchen Entwicklung gewarnt. Es ist selbstverständlich das gute Recht der sozialdemokratischen Opposition, mit den kommenden Wahlen zum Bundestag einen Regierungswechsel zu erstreben, selbst wenn das nur aus dem Grunde geschähe, um „endlich auch einmal an die Macht zu kommen“. Guter Geschmack und politische Klugheit sollten sie aber davor bewahren, dem Kampf um dieses Ziel einen Inhalt zu geben, der den Parolen des Genossen Ulbricht auf das Haar gleichen würde. Die polemische These der SPD, daß die Bundesregierung mit ihrer bisherigen Politik eine Wiedervereinigung verhindert habe, ist falsch. Die mit ihr verbundene Vorstellung, daß eine andersgeartete Politik bereits zur Erfüllung dieses deutschen Zieles geführt haben würde, muß mit fast mathematischer Sicherheit als eine Illusion bezeichnet werden. Wer diese Streitfrage in den Wahlkampf hineinträgt, der mischt ihm Gift bei und gibt

(Fortsetzung auf Seite 7)

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Das „fremde Haus“

Pankows Angriffe auf Bischof Spülbeck

DT. Offensichtlich einer zentralen Anweisung folgend, hat die Presse von Ostberlin gestern scharfe Angriffe gegen den Bischof von Meißen, Otto Spülbeck, wegen der Ansprache gerichtet, die er auf dem Kölner Katholikentag gehalten hat. „Schlimmer Mißbrauch der kirchlichen Lehre für politische Zwecke“, das ist noch der geringste Vorwurf, der erhoben wird. Und weshalb? Der so heftig Angegriffene hat in Köln zunächst erklärt, er wolle nicht von den politischen Lösungen und den politischen Machtfaktoren sprechen, dazu habe er keine Legitimation. Indem er sich mit diesen Worten von den politischen Streitfragen ausdrücklich distanzierte, wandte er sich den kulturellen Beziehungen zu, in denen es, wie er sagte, zwischen den Kommunisten und den katholischen Christen der DDR nichts Gemeinsames gäbe. Diese Christen seien jedoch keine Staatsfeinde, sondern achteten den Staat als Ordnungsmacht in der Öffentlichkeit. Aber dieser Staat sei ihnen ein „fremdes Haus“,

London: Oder-Neiße keine Grenze

Britische Haltung seit Potsdam unverändert

London (AP). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums hat erklärt, die britische Regierung sei nach wie vor der Ansicht, daß die deutsche Ostgrenze erst in einem gesamtdeutschen Friedensvertrag festgelegt werden könne.

Der Sprecher bejahte die Frage, ob die Festlegung der deutschen Grenze damit weiterhin offen bleibe. Er war im Zusammenhang mit der scharfen Ablehnung, die eine britische Studie über die deutsche Ost-

grenze in Deutschland gefunden hat, nach der offiziellen Einstellung der britischen Regierung gefragt worden.

Die Antwort des Sprechers des Foreign Office entspricht der offiziellen britischen Haltung in der Frage der Ostgrenze Deutschlands, wie sie seit dem Potsdamer Abkommen eingenommen wurde. London hat die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkannt und die Festlegung einer wirklichen Grenzlinie späteren Friedensverhandlungen vorbehalten.

Die Antwort aus Bonn

Eine scharfe, verdiente Zurechtweisung

DT. Die Erklärung, mit der die Bundesregierung die Stellungnahme des Zentralkomitees der KPdSU zum Verbot der KPD beantwortet hat, gleicht einer scharfen Zurechtweisung, die verdient ist. Dabei ist die deutsche Antwort noch milde, wenn sie die Behauptung, die

Bundesregierung wolle die Wiedervereinigung Deutschlands mit kriegerischen Mitteln erzwingen, als phantastisch und töricht bezeichnet. Hier wären noch ganz andere Kennzeichnungen angebracht, die indessen nicht zur Sprache einer verantwortlichen Regierung gehören. Es ist gut, daß die Bundesregierung diese Einmischung entschieden zurückgewiesen hat. Bedauerlich bleibt nur, daß auch dieser Vorgang wiederum zeigt, wie sehr die Möglichkeit korrekter oder sogar freundlicher Beziehungen mit der Sowjetunion durch den Umstand beeinträchtigt wird, daß die Sowjets sich als die Schutzherren fremder kommunistischer Parteien aufspielen.

Als eine empfindliche Störung der deutsch-sowjetischen Beziehungen erweist sich immer mehr auch die Art, wie der Kreml die Frage der Rückführung sowjetischer Flüchtlinge aus der Bundesrepublik nach der Sowjetunion behandelt. Auch hier hat die Bundesregierung falsche Behauptungen und Beschuldigungen, die in der letzten sowjetischen Note enthalten waren, scharf zurückgewiesen. Das alles aber bringt uns nicht weiter. Wir empfehlen deshalb nochmals, den ermüdenden Streit, in dem Moskau die rechtsstaatliche Sprache der Bundesregierung einfach nicht verstehen will, auf der höheren Ebene einer neutralen oder internationalen Feststellung der Tatsachen klären zu lassen.

dessen Fundamente sie für falsch hielten.

Was hier gesagt wurde, — wohlgemerkt: zu der geistig-weltanschaulichen Situation der Christen in der Zone — das ist doch wohl die volle Wahrheit und Wirklichkeit. Die kommunistische SED und die von ihr getragene Regierung sind doch tatsächlich bemüht, den Staatsbürgern eine bestimmte Ideologie mit totalitären Methoden aufzunötigen. Das beginnt im Kindergarten, setzt sich über die Schulen und die staatlichen Jugendorganisationen fort und erreicht später in dem FDGB, den Parteien und allen Einrichtungen des öffentlichen Lebens den Höhepunkt. Das ist eine unbestreitbare Tatsache; aber es ist offensichtlich nicht erlaubt, das zu sagen. Man ist praktisch und programmatisch totalitär, will aber um keinen Preis als totalitär angesehen und genannt werden. Wahrscheinlich deshalb, weil man in schrecklichem Widerspruch zu jenem Wort zurückgeht, das die „freieste Demokratie der Welt“ sein möchte.

Atomversuche ohne Ankündigung

Neue sowjetische Explosionsserie eingeleitet

Moskau/Washington (DPA). Die Sowjets haben eine neue, umfangreiche Serie von Atomwaffenversuchen eingeleitet. Wie fast gleichzeitig von Präsident Eisenhower und von der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS bekanntgegeben wurde, fanden bisher zwei Atomexplosionen im Gebiet nördlich von Afghanistan statt, und zwar am 24. und 30. August.

Wissenschaftler im Westen hatten die Versuche, die ungefähre Stärke der Explosionen und den Versuchsort schon registriert, ehe die amtliche sowjetische Mitteilung erfolgte.

In der TASS-Meldung wurden gleichzeitig neue Versuche „zur Verbesserung der Atomwaffen und zur Entwicklung neuer Waffentypen“ angekündigt. Weiter heißt es: „In der Sowjetunion werden Atomexplosionen in der Regel in größerer Höhe ausgelöst, was eine beträchtliche Reduzierung der bei den Versuchen entstehenden radioaktiven Spaltungsprodukte erlaubt.“

Präsident Eisenhower kritisierte auf einer Sonderpressekonferenz in Washington die Sowjets erneut, weil sie ihre Atomversuche — im Gegensatz zu den USA — niemals vorher ankündigen und dadurch die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen außer acht ließen. Es sei

bezeichnend, daß die Sowjets, während ihre Diplomaten von einer Abschaffung der Atomwaffen sprechen, ihre Atomversuche unter kriegsmäßigen Geheimhaltungsvorkehrungen fortsetzen. Auf die Frage, ob die neue sowjetische Versuchsserie die amerikanische Verteidigungsplanung ändern werde, sagte der Präsident, es werde keine Änderungen dieser Art geben, da man von der Annahme ausgehe, daß sich die grundlegenden Absichten der Sowjets nicht geändert haben.

Der Fall Nina Ponomareva

Moskau hing ihre Hüte an die politische Glocke

DT. Da kommt sie nun aus dem Sowjetparadies nach London: Nina Ponomareva, 27 Jahre alt, Diskuswerferin, eine Frau von „athletischer Statur“, heißt es, — aber eben eine Frau. Sie, in ihrer Heimat unspöttlich hochgedrillt bis zur Weltmeisterin, konzentriert allein auf den Diskus, um als Aushängeschild des Sowjetsports mit Lorbeer dekoriert zu werden, kostet in London die Freiheit. Und sieht, endlich auch einmal, mit den Augen einer Frau. Die Warenhaus-Hüte, nach denen sie greift, mögen auf sie wie Attribute einer verlockenden Welt gewirkt haben. Denn dergartiges gibt es im Lande der

Gewerkschaftskongreß für Automatisierung

London (DPA). Die britischen Gewerkschaften billigten auf ihrem Jahreskongreß in Brighton einstimmig eine Entscheidung, in der sie sich für eine Automatisierung der Industrie aussprechen und gleichzeitig Sicherheiten gegen eine „rückwärtslose Anwendung der Automatisierung durch die Arbeitgeber“ fordern. Eine zweite Resolution, in der die Regierung aufgefordert wird, ein nationales Planungsamt für die Automatisierung zu schaffen, wurde mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

Kopftücher nicht einmal im Moskauer Warenhaus GUM — wo man übrigens auch bezahlen muß und nicht einfach auf Russisch „Zapp-Zerapp“ machen kann. Doch welches Mißgeschick: kaum dem strengen Auge des Trainers entronnen, richten sich auf sie auch schon die argwöhnischen Blicke des Warenhausdetektivs...

So wird es wahrscheinlich gewesen sein. Alle Welt amüsiert sich über Nina, weil ihre Torheit zu diplomatischen Verwicklungen geführt hat. Daß aber ein Mensch durch eine falsche spontane Handlung in ungewohnter Umgebung seine aufdiktierte Karriere als Diskuswerferin nun wahrscheinlich als Schwerarbeiterin in sibirischem Lager fortsetzen wird, stellt diesen komischen Zwischenfall vor tragischen Hintergrund. Töricht haben die sowjetischen Behörden in London gehandelt! Statt dem Gesetz seinen Lauf zu lassen, womit der Vorfall zur Zufriedenheit aller schnell erledigt und vergessen worden wäre, hängte man ihn an die mißtönende politische Glocke. Dorthin gehört er am allerwenigsten. Denn durch die Verfehlung eines einzelnen Sowjetmenschen wird weder das Sowjetvolk noch das Sowjetregime blamiert. Blamabel für Moskau ist jedoch die Reaktion der Sportfunktionäre: weil sie mit den üblichen politischen Flüchen den Rückzug antraten und nicht in das Stadion zum sowjetisch-britischen Wettkampfe einmarschierten.

Appell zum Tag der Heimat

Kuratorium Unteilbares Deutschland an die Bevölkerung

Bonn (Eigenmeldung). Das Kuratorium Unteilbares Deutschland hat an die gesamte deutsche Bevölkerung appelliert, am 9. September, dem Tag der deutschen Heimat, durch starke Beteiligung an den Veranstaltungen und durch Beflaggung einen sichtbaren Beweis der Heimattreue zu geben.

Die im Kuratorium zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen wurden gebeten, gemeinsam mit den Verbänden der Heimatvertriebenen, der Flüchtlinge und den Heimatbünden an der Ausgestaltung der Gedenkstunden am 9. September tatkräftig mitzuwirken. Darüber hinaus wandte sich das Kuratorium an die Kultusminister mit der Bitte, zu veranlassen,

daß am Sonnabend, 8. September, oder am darauffolgenden Montag im Unterricht auf Sinn und Bedeutung des Heimatrechts und auf die Unteilbarkeit Deutschlands hingewiesen wird.

Ebert jr. in Westberlin

Berlin (AP). Kurt Ebert, der 36jährige Sohn des Ostberliner Oberbürgermeisters Fritz Ebert, ist nach Westberlin geflüchtet und hat die zuständigen Stellen um politisches Asyl gebeten, wie aus gutunterrichteten Kreisen bekannt wurde. Ebert wurde, wie berichtet, erst vor einigen Tagen aus dem sowjetischen Zuchthaus Torgau entlassen,

So sind sie wirklich:

Beinahe Widerstandskämpfer geworden . . .

In einem abgerundeten System hat auch die Planstelle für einen Reichsbauernführer vorhanden zu sein. Die Anforderungen dazu sind in allen Diktaturen gleich: Der Mann muß irgendwann einmal Bauer gewesen sein; er muß der Staatspartei angehören; er muß von Kartoffeln mehr verstehen als von hoher Politik. Die nämlich wird andernorts gemacht.

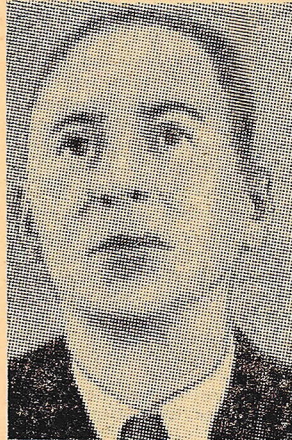
So wurde der Kommunist Ernst Goldenbaum Führer einer sowjetzonalen Partei: Der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ (DBP). In keiner Regierungsliste und keiner sonstigen Würdigung wird er als Mitglied der SED vermerkt. „Seine“ Partei hat in Volkskammer und Staatsapparat die unabhängige Stimme einer unabhängigen Partei. Bei Lichte allerdings . . .

Kommunist von der Stange

Goldenbaum ist „Konfektionskommunist“, oder — wie man in der KPD sagte — „Kommunist von der Stange“. Das heißt, er hat die Partei nach den normalen Kaderregeln durchlaufen. Sie hat ihn emporgehoben und er ist immer gerade das, was die Partei an ihm haben will. Ein Funktionär ohne Profil, einer von der laufenden Strickliste sozusagen.

Goldenbaum wurde im Dezember 1898 in Parchim als Sohn eines Landarbeiters geboren. Nach dem Volksschulbesuch arbeitete er als Arbeiter auf einem Gut und wurde 1917 kaiserlicher Kavallerist. 1919 stieß er in Prenzlau zur USPD und siedelte anlässlich einer Berlin-Reise zur KPD um, die ihn einfach aus Mangel an geeigneten Kadern 1921 zum 2. Bezirkssekretär für Mecklenburg ernannte. Goldenbaum ist geistig etwas schwerfällig, aber er hatte einen Vorzug: Er konnte mit den mecklenburgischen und pommerschen Landarbeitern reden, ohne sich gleich als Funktionär unbeliebt zu machen. Seine Karriere war nicht überwältigend: Stadtverordneter von Parchim, später dort Gewerkschaftsvorsitzender des ADGB. Nebenbei einige Jahre Mitarbeit an der KP-Zei-

ERNST GOLDENBAUM



tung „Volkswacht“, Rubrik „Vermischtes für die Landwirtschaft“. Zweimal gehörte er dem mecklenburgischen Landtag an, ohne den Parlamentarismus zu beleben.

„Erbhof“ oder 20. Juli?

Warum ihn die Nazis 1933 für neun Monate einsperrten, wurde nie ganz geklärt. Sie entließen ihn auch anstandslos und er war bis 1944 als selbständiger Landwirt (Hof von KP-Geldern erstanden) in Parchim tätig. Durch einen seltsamen Zufall wäre er beinahe Erbhofbauer geworden, da der Hofkauf „um einige Ecken herum“ getätigt worden war. Durch einen noch seltsameren Zufall wurde er in den Kreis der 20.-Juli-Leute einbezogen, ohne jemals Widerstand geleistet zu haben. Hier spielte ihm das Schicksal zum ersten Male übel mit: Er kam in das KZ Neuengamme und wurde später mit dem KZ-Schiff „Cap Arcona“ versenkt, wobei er sich mit nur wenigen Lebensgefährten zu retten vermochte. Später hat ihm dieser ODF-Nimbus gute Dienste geleistet . . .

Der Aufstieg

1945 wurde er in Parchim Bürgermeister und in Mecklenburg verantwortlich für die Boden-

reform. Ein halbes Jahr nach dem Zusammenbruch hatte er als Ministerialdirektor das ländliche Schulwesen Mecklenburgs zu reorganisieren. 1946 wurde er Vorsitzender der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), immer noch Mitglied der KPD bzw. der SED.

1948 kassierte das ZK der SED Goldenbaums Parteimitgliedschaft und trug ihm auf, eine „neue Partei“ zu gründen. Seit dieser Zeit ist er Chef der „Demokratischen Bauernpartei“. Mit ihm legten insgesamt 44 höhere SED-Funktionäre ihre bisherigen Mitgliedsbücher in den Stahlschrank des Zentralkomitees, zu späterer Verwendung. Bis heute aber scheint dem ZK die Existenz einer „Bauernpartei“ lohnender zu sein . . .

Goldenbaums Funktionen füllten mehr als eine Karteikarte: Mitglied des Präsidiums des Nationalrats der Nationalen Front, Präsidialmitglied des Deutschen Friedensrates, Vorstandsmitglied des Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer, Volkskammerabgeordneter, Träger des Vaterländischen Verdienstordens, Ehrenmitglied der FDJ, Inhaber der Medaille „Für Verdienste um den Frieden“ und einiges mehr.

Gipfelpunkt seiner Karriere war der Ministersessel für Land- und Forstwirtschaft. Er hat ihn seit Bildung der „Provisorischen Regierung“ im Oktober 1949 nur ein Jahr lang benutzen dürfen. Dann war es offenkundig, daß nicht jeder, der die drei Voraussetzungen eines „Reichsbauernführers“ besitzt, auch ein Ministerium, und sei es ein kommunistisches, leiten kann. Die Goldenbaum kennen, sagen: „Er tut nichts Böses! Halt ein bißchen langsam, aber — er hat ja auch nichts zu tun!“ Immerhin — dies ist das Porträt eines Chefs einer sowjetzonalen Partei . . .

Kann ein SED-Mitglied Christ bleiben?

Kommunistische Kandidatenwerbung mit allen Registern

Wer Mitglied der SED werden will, hat gegenwärtig alle Chancen. Die SED will bis zum Jahresende rund 50 000 neue Kandidaten werben, vornehmlich proletarischer Abkunft sollen sie sein. Aber man ist nicht wählerisch. Vom „Kleinkapitalisten“ bis zum ehemaligen NSDAP-Funktionär wird über jeden Fragebogen hinweggesehen. Sogar Vorstrafen bis 1949 einschließlich werden unter gewissen Umständen nicht als hindernd angerechnet. Daß die Nachfrage nach dem Parteidokument trotzdem nicht so heftig ist, beweist die Diskussion im SED-Zentralorgan, in der die Partei alle Bedenken der Zögernden und Zweifelnden zu zerstreuen sucht. Eine der letzten hier von der SED getroffenen Feststellungen zu diesem Thema lautete: Niemand wird einem SED-Mitglied die Religions-Ausübung oder die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft verwehren.

Tatsächlich gibt es in den SED-Statuten keinen Satz, der eine derartige Beschränkung erkennen läßt. Und die DDR-Verfassung garantiert freie Religionsausübung darüber hinaus. Was aber sagt die Praxis für die Mitglieder der SED?

Es ist noch keine zwei Jahre her, als in Potsdam der Fall eines SED-Sekretärs Furore machte, der sich auf den ausdrücklichen Wunsch seiner katholischen Frau kirchlich trauen ließ. Der Mann hatte eine Stellung in einem Ostberliner Ministerium anzutreten und seine Potsdamer Funktion bereits in aller Ordnung übergeben. Die Tatsache, daß er sich dazwischen kirchlich trauen ließ, wurde als Skandal gewertet und die SED-Behörde Potsdam „empfahl“ der Kaderabteilung des betreffenden Ministeriums, sich besser einen anderen Mann zu besorgen. Wider Erwarten stellte sich nun der betroffene SED-Funktionär auf den Standpunkt der Arbeitsgesetze und verklagte vor der Bezirks-Staatsanwaltschaft das Ministerium. Er vertrat dabei die Meinung, daß er gerade als SED-Mitglied die Gleichberechtigung geachtet habe und insofern keine Handhabe besaß, seine Frau von einer kirchlichen Trauung abzuhalten. Darüber hinaus habe er es als im höchsten Maße unklug angesehen, die Frau eines künftigen Regierungsfunktionärs in ihren religiösen Gefühlen zu verletzen. Erst in der Ehe werde er versuchen, die Frau zu seinem marxistisch - materialistischen Standpunkt zu bekehren,

Der Mann hat dann irgendeine andere Funktion bekommen und der Vorfall wurde rasch vergessen. Aber wieviel SED-Mitglieder können bestätigen, daß ihnen wegen der Konfirmierung eines Sohnes oder einer Tochter in der Parteigruppe Vorhaltungen gemacht worden sind. Jedes SED-Mitglied, das selbst mit der Kirche in Verbindung steht oder auch nur die kirchliche Bindung eines Familienmitgliedes duldet, bekäme in der Kader-Beurteilung sofort einen entsprechenden Vermerk.

Beispiel FDJ

Das beste Beispiel aber ist die FDJ. In ihr herrschen noch lange nicht so strenge Regeln wie im Apparat der SED und es wäre theoretisch durchaus

möglich, daß sich ein FDJ-Mitglied konfirmieren läßt. Der betreffende Junge wäre jedoch einfach für die Zukunft erledigt! Ein FDJler hat ein Propagandist des Atheismus zu sein. Er soll — so es ihm möglich ist — seine Eltern und Geschwister der Kirche entfremden. Der Atheismus wird ihm in jeder Schulungsstunde in tausendfacher Variante geboten. In ländlichen Gemeinden, wo die Kirche oft einen starken Einfluß besitzt, werden bewußt und provokatorisch am Sonntagmorgen Geländespiele und Ausmärsche anberaumt, ohne daß die FDJ danach fragt, ob ihre Mitglieder vielleicht der Kirche angehören. Oder versuche doch einmal ein SED-Mitglied, sich wegen eines Kirchenbesuches von einer sonntäglichen Demonstration zu entschuldigen!

Es gibt viele Sozialisten, die sich ihren christlichen Glauben bewahren. Die SED hofft, auch diese zu sich heranzuziehen und sie — haben sie erst einmal das Mitgliedsbuch angenommen — ihres Glaubens zu berauben. Es spricht dabei für die Hinterhältigkeit der Partei, daß sie derart heikle und jedermann bekannte Dinge überhaupt erst diskutiert.

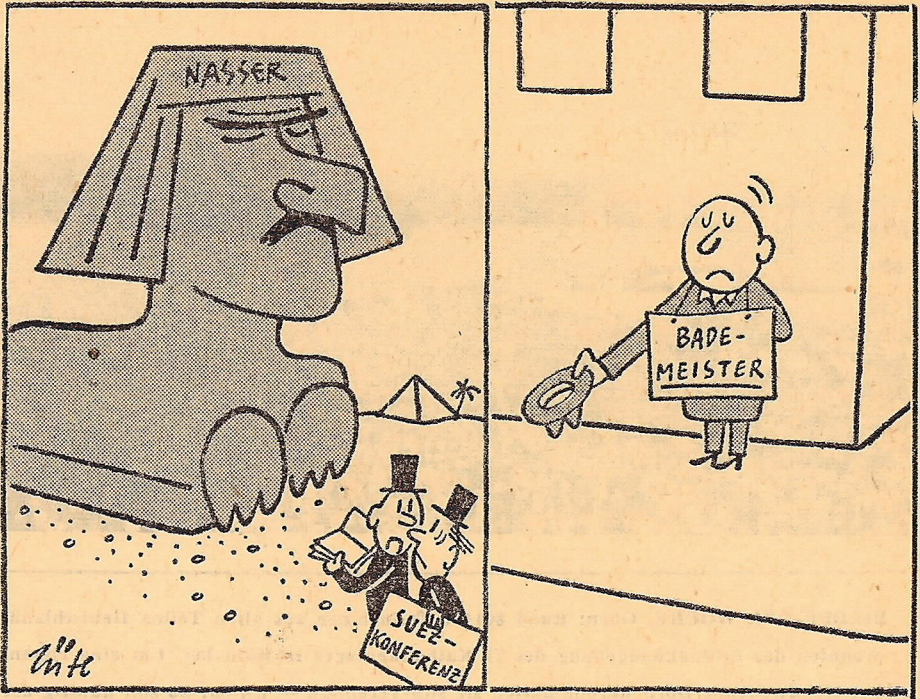
Werbung um jeden Preis

Nicht anders ist es mit den übrigen „Argumenten“. Stets wird die angebliche Meinung der „noch Zweifelnden“ zitiert. So seien viele der Meinung, als SED-Mitglied habe man keine Freizeit, andere sagten, man habe als Genosse „ja doch keinen Einfluß, weil die oben alles entscheiden“. Die auf Werbung um jeden Preis bedachte Partei widerlegt es ihnen: Die Zeit für die Parteilarbeit sei relativ sehr gering, die innerparteiliche Demokratie gestatte es praktisch jedem kleinen Genossen, die Politik des Zentralkomitees zu beeinflussen und anderen Unsinn mehr. Und immer wieder dringt der Notschrei durch: „Kommt zur Partei! Wir brauchen Mitglieder an der Front des Fünfjahresplanes!“ Vielleicht ist dieser Notschrei das beste Kriterium für die gegenwärtige Stärke der SED.

Nur noch 94 000 Arbeitslose

Berlin (Eigenmeldung). Im August ist die Zahl der Berliner Arbeitslosen nochmals um 5914 auf 93 789 zurückgegangen, nachdem im Juli zum ersten Male die Hunderttausender-Grenze unterschritten worden war. Damit ist die Zahl der Arbeitslosen um etwa 24 000 niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahrs.

Die Zahl der Unterstützungsempfänger hat sich im August noch stärker, nämlich um 8369, vermindert, so daß jetzt nur noch 66 175 Unterstützte vorhanden sind. Davon sind etwa ein Drittel Empfänger der Arbeitslosenunterstützung und zwei Drittel Bezieher von Arbeitslosenhilfe.



„Die alte Sphinx soll unlösbare Rätsel
aufgegeben haben!“

SOMMER 1956: Ohne Worte

Die unmögliche Parole

(Fortsetzung von Seite 2)

ihm eine unmögliche und gefährliche Parole. Geschlagen wird dann nicht diese oder jene Partei, sondern schwer geschlagen wird die Sache, die als oberstes Ziel der deutschen Politik uns alle verpflichtet. Eine solche Auseinandersetzung würde eine Erbitterung schaffen und hinterlassen, die nach den Wahlen nicht mit einem freundlichen Händedruck wieder zu beseitigen wäre. Ganz gleich, wer dann regiert: er wird es viel schwerer als vorher haben, eine reale Politik der Wiedervereinigung erfolgreich zu führen.

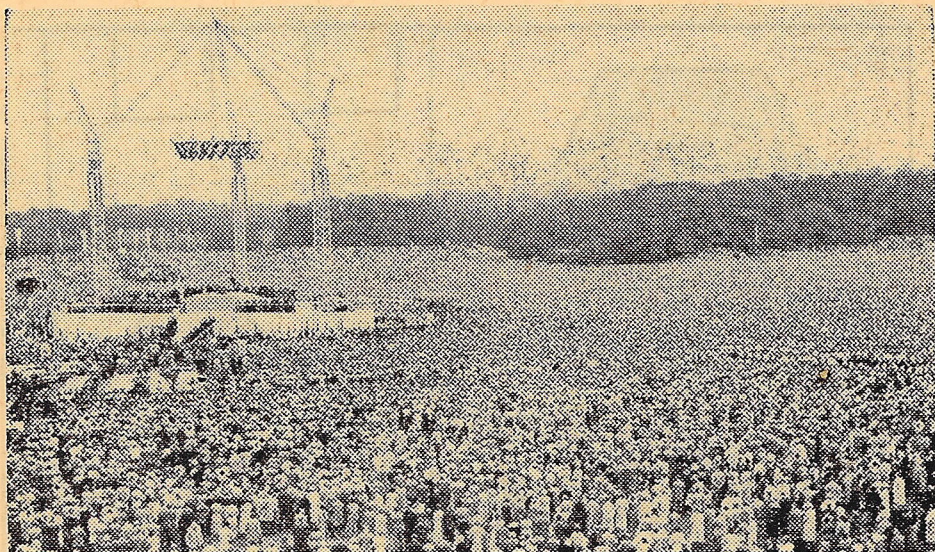
Wir stehen wahrscheinlich kurz vor der Übergabe der Note an die vier Mächte, mit der die Bundesregierung zum erstenmal

die diplomatische Initiative in der Frage der Wiedervereinigung ergreift. Dieser deutsche Schritt hat nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine nicht geringe innenpolitische Bedeutung. Es sollte und müßte nämlich der Versuch gemacht werden, auf der Grundlage der in der Note entwickelten Politik der Wiedervereinigung zwischen Regierung und Opposition zu einer Bereinigung der Vergangenheit und zu einer möglichst einheitlichen Auffassung für die Zukunft zu gelangen — vor den Wahlen und nach den Wahlen. Anderenfalls ist zu befürchten, daß uns die Chance, die deutsche Außenpolitik mit dem Gewicht des ganzen Volkes fruchtbarer und erfolgreicher zu machen, nicht mehr leicht gegeben sein wird.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Druck: W. Büxenstein, GmbH. Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Rund 800 000 Teilnehmer aus allen Teilen Deutschlands wohnten der Schlußkundgebung des 77. Katholikentages in Köln bei. Um eine riesenhafte, schwebende Dornenkrone hatten sie sich vereinigt. — Unten: So soll künftig der Berliner Fernbahnhof Zoologischer Garten aussehen. Ein gläsernes Bahnrestaurant wird dem neuen Vorplatz ein besonders modernes Gepräge geben.

